GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich 19. Februar 2021 Nr. 67

Liebe Leserin, lieber Leser

2020 war für Guatemala ein Weg durch die Hölle. Von der Pandemie, über die sich ins Unermessliche steigernde Korruption, bis zu Hurrikanen, die den Ärmsten noch das letzte Hab und Gut raubten. Doch scheint es, dass die historische, soziale und politische Krise den Gipfel erreicht hat. Der Unmut ist sehr gross. Die guatemaltekische Gesellschaft scheint aufzustehen.

In dieser Ausgabe des Bulletins von Guatemala-Netz Zürich denkt Michael Kohli über den Ausgang der Konzernverantwortungsinitiative nach und im Zusammenhang damit über das Unternehmen Solway Investment Group, das in Guatemala illegal eine Nickelmine betreibt.

Wie die Regierung die Guatemaltek*innen aufrührt und wie sie die Korruption bis zum Äussersten treibt, erklärt uns Carlos Ernesto Choc, verfolgter Journalist, in einem Interview.

Alice Froidevaux hat eine Studentin zu den Demonstrationen im November gegen die Korruption und den Sozialabbau befragt. Und der Vorstand von Guatemala-Netz Zürich nimmt Stellung zu einem grausigen Ereignis.

Hoffen wir, dass 2021 Guatemalas Gesellschaft erwacht, die Situation der Pandemie und die Perspektiven der Menschen sich bessern und wir Ihnen endlich auch mal wieder von positiven Ereignissen berichten können.

Barbara Klitzke

An Protesten vor dem Parlament im November 2020. Quelle: Prensa Comunitaria. Foto: Hernán González

Schweizer Konzerne und ihre Verantwortung

Mit einem in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Abstimmungskampf ging das Politjahr 2020 zu Ende. Die Abstimmung zu Konzernverantwortungsinitiative endete denkbar knapp. Obwohl sich eine Mehrheit der Stimmenden für die Initiative aussprach, scheiterte sie am fehlenden Ständemehr. Dieses Resultat hat einerseits die etwas eingeschlafenen Diskussionen um die Abschaffung bzw. Reform des Ständemehrs kurzfristig befeuert. Andererseits trägt es dazu bei, dass das Thema der internationalen Konzernverantwortung Befürworter*innen und Gegner*innen auch nach der Stimmabgabe polarisiert. Die orangen Fahnen fordern in Zürich nach wie vor mehr Konzernverantwortung. Meine lasse ich bewusst weiterhin am Balkon hängen, um mich von Zeit zu Zeit an den intensiven Abstimmungskampf zu erinnern und daran, dass wir nach dem negativen Entscheid vom 29. November den Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Konzerne mehr denn je Unterstützung und Solidarität schulden.

Der Vorstand von Guatemala-Netz Zürich hat sich für die Initiative eingesetzt und war stark in die Ausarbeitung einer Fallstudie zur Solway Investment Group in Guatemala involviert. In der letzten Ausgabe von «Guate-Netz» haben wir über die Konflikte in El Estor berichtet, die durch die Anwesenheit der Solway Tochterfirmen CGN und Pronico entstanden sind. Im Austausch mit der lokalen Bevölkerung von El Estor und den umliegenden *Comunidades* mussten wir einmal mehr feststellen, dass es um die Rechtsstaatlichkeit in Guatemala schlecht steht und dass die Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative nicht nur hier, sondern auch in Guatemala für grosse Enttäuschung gesorgt hat.

Die Rolle von Solway in Guatemala fand in der breiten Öffentlichkeit weder während des Abstimmungskampfs noch danach grosse Beachtung. Dennoch scheint der Schweizer Konzern um sein Image besorgt und gab uns zu verstehen, dass die Veröffentlichung des Berichts für uns rechtliche Konsequenzen haben könnte. Gleichzeitig wurden wir zu einem vom Staatssekretariat für Wirtschaft Seco moderierten Austausch mit Solway eingeladen. Wir lehnten die Einladung ab, weil wir der Ansicht waren, dass für ein zielführendes Gespräch grundlegende Informationen in Bezug auf das Umweltmonitoring öffentlich gemacht werden und die Strafanzeigen gegen lokale Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich gegen die Mine wehren, zurückgezogen werden müssten. Auf diese Forderungen wurde jedoch weder bei dieser noch bei früheren Gelegenheiten eingegangen.

Der von der Gegnerschaft der Konzernverantwortungsinitiative oft vorgebrachte und widersinnige Vorwurf, die Vorlage sei kolonialistisch, führt sich eigentlich von selbst ad absurdum. Denn die Annahme der Initiative hätte die Rechte von Menschen im Umgang mit Schweizer Konzernen gestärkt und so Gegenspiel zur ungestörten Ausbeutung von natürlichen Ressourcen in ehemaligen Kolonien geschaffen. Dies bestätigte sich denn auch im Austausch mit unseren Kontakten in Guatemala, die alle auf ein Ja am 29. November hofften. Dennoch weist dieser Vorwurf auf einen interessanten Aspekt hin: Über diesen Verfassungsentwurf konnten gerade jene nicht abstimmen, die tatsächlich davon betroffen sind. Insofern sagt die Abstimmung etwas über Machtverhältnisse aus, die immer noch so beschaffen sind, dass in europäischen und nordamerikanischen Ländern über die Geschicke der Länder im globalen Süden entschieden wird.

Die Vehemenz, mit der die Initiativgegner*innen in den Abstimmungskampf zogen, kann man durchaus als Zeichen dafür werten, dass die Initiant*innen den Nagel auf den Kopf getroffen hatten. Insofern wird das Thema nicht einfach verschwinden und für die Engagierten stellt sich nun die Frage, wie sie sich weiterhin für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen können.

Eine Möglichkeit besteht darin, sich den Freiwilligengruppen von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Public Eye anzuschliessen und so direkt an das Engagement in den Lokalkomitees für die Konzerninitiative anzuknüpfen. Viele werden sich fragen, wie sie sonst am Ball bleiben können. Mit der Unterstützung von Organisationen, die die Solidarität mit den Bevölkerungen gewisser Länder oder Regionen fördern wie Guatemala-Netz Zürich, stellt man sicher, dass relevante Informationen ihren Weg aus diesen Gebieten in die Schweiz finden und die Stimme von Menschen, die sich für ihre Rechte und die anderer einsetzen, hier vernommen wird. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine aktiv gelebte Solidarität.

Michael Kohli

Doppelte Isolation – das Jahr 2020 für den Journalisten Carlos Ernesto Choc

Carlos Ernesto Choc erzählt uns, wie das Jahr 2020 für ihn war. Er ist Journalist und arbeitet mit Prensa Comunitaria in der Berichterstattung zu indigenen Völkern, vor allem den Q'eqchi' in Guatemala. Er wurde 2017 vom Nickelunternehmen Pronico in El Estor, Tochterfirma der Solway Investment Group, unter falschen Anschuldigungen angezeigt und ist seitdem einem Strafverfahren ausgesetzt, das verschleppt wird und nicht zu seinem Ende kommt. Guatemala-Netz Zürich hat ihn interviewt.

GUATE-NETZ: Das letzte Jahr war sehr speziell, besonders auch für die von der Nickelmine Fénix in El Estor Betroffenen. Wie erlebten Sie 2020?

Carlos Choc: Das Wichtigste im letzten Jahr für mich war, dass ich wieder nach El Estor zurückkehren und meine Kinder wiedersehen konnte und mein Sohn jetzt mit mir lebt. Im April wurden mir, während ich und mein Sohn schliefen, meine ganzen Arbeitsmaterialien gestohlen. Das beängstigte mich sehr. Auch der Mord am Schwiegersohn eines von CGN angeschuldigten Fischers im Dezember beunruhigt mich. 2020 litt ich viel: die Pandemie, die doppelte Isolation, nicht nur durch die Pandemie, sondern auch weil ich El Estor wegen den Bedrohungen verlassen musste, und dann auch noch die Stürme Iota und Eta machten mir zu schaffen.

Im Dezember waren Sie dauernd unterwegs, um die Schäden, die die Stürme Eta und Iota hinterlassen haben, zu dokumentieren. Was beeindruckte Sie am meisten?

Auf meiner Reise von Ort zu Ort bestürzte mich am meisten, dass die Menschen alles verloren hatten. Sie sagten mir: «Alles ist weg! Wir haben alles verloren.» Ich sah Kinder ohne Kleidung, denn sie mussten flüchten und hatten keine Zeit mehr, Kleider zusammenzutragen. Sie besassen vorher schon sehr wenig, aber nun sind ihre Häuser, ihre Felder zerstört. Was mich auch sehr beeindruckte, waren die Frauen. Sie organisierten sich und sagten: «Lasst uns weitermachen». Sie sammelten Lebensmittel, kochten gemeinsam und lachten, obwohl die Situation so schlimm war. Dieses Zusammenstehen lässt Hoffnung aufkommen, dass der Kampf weiter geht.

Wir sind elf indigene Journalist*innen, die über die über stark sturmgeschädigte indigene Gemeinden berichten, die die Regierung sich selbst überlassen hat. Und betroffen sind Gebiete mit einer mehrheitlich indigenen Bevölkerung von Izabal, Alta Verapaz, Quiché bis hin zu Huehuetenango. Es sind vor allem Dörfer, zu denen weder Medien noch Regierungshilfe gelangen. Wir möchten die Menschen dort sichtbar machen. Es sind so viele, die betroffen sind. Immer noch sind Menschen in Herbergen untergebracht. Es ist aber auch beeindruckend, wie sich die Indigenen untereinander solidarisieren. Zum Beispiel in Chisec unterstützen sich die Dörfer untereinander. Sie nehmen Obdachlose auf. Gerade damals an den Festtagen Ende Jahr fanden die Notleidenden ein Dach und Essen. Das sind wahre Geschichten, wir erfinden sie nicht. Ich lache, denn es macht mich wirklich ausserordentlich traurig.

Die Regierung versprach nach den Hurrikans, Unterstützungszahlungen an Familien zu leisten . Ich war Mitte Dezember im Polochictal und genau dann erhielten die Familien von Panzós und umliegenden Gemeinden das erste Mal eine Auszahlung. Und dies obwohl während dem Ausbruch der Pandemie etliche Unterstützungsmassnahmen angekündigt wurden. Diese Hilfe kam nie bei den Menschen an. So gelangte nur ein kleiner Teil der Beihilfen zu Familien. Es ist ein Wahnsinn, wie viele Kredite für die Pandemiehilfe gesprochen und nie ausbezahlt wurden. Es ist unglaublich, wie die Regierung sogar die Ärmsten ausraubt. Die meisten Haushalte haben nie einen Centavo gesehen. Guatemalas Regierung erhielt mannigfache humanitäre Hilfe von Kanada, El Salvador und den USA. Die guatemaltekische Regierung stoppte diese Hilfe und belegte sie mit hohen Steuern. In diesen Tagen zum Beispiel demonstrierte das Gesundheitspersonal landesweit, weil es den von der Regierung versprochenen Bonus einforderte. Es ist unglaublich, all die Hilfe, die die Regierung auszuzahlen behauptete, kam in Wirklichkeit nie an.

Im November und Dezember machten der Präsident und Parlamentarier diskriminierende, beleidigende Bemerkungen. Was denken Sie über diese zutiefst rassistischen Ausdrücke von Regierenden und Abgeordneten?

Choc: Es gibt eine grosse soziale Unzufriedenheit. So gross, dass sogar die kommerziellen Medien dies eingestehen müssen. Der Präsident selbst macht äusserst

rassistische Äusserungen. Die Kongressabgeordneten kürzten trotz der Pandemie und den Stürmen im Jahresbudget 2021 die Sozialausgaben, sprachen sich selbst aber gleichzeitig ausserordentliche Entschädigungen zu. Die Berichterstattung zu dieser grossen Unzufriedenheit des Volkes führte dann auch dazu, dass bis Ende 2020 über 120 Journalist*innen angegriffen wurden. Was der Präsident und die Gouverneure sagen, vervielfältigt sich gegenüber uns Journalist*innen. Und wir indigenen Journalist*innen sind doppelten Übergriffen ausgesetzt. Es ist sehr schwierig zu berichten. Ich bin sehr betroffen. Wenn Jimmy Morales (der Vorgänger des jetzigen Präsidenten) unbrauchbar war, dann ist dieser Herr (Präsident Alejandro Giammattei) noch schlimmer für die indigenen Völker. Giammattei ist ausserordentlich rassistisch. Im November demonstrierten auch viele indigene Gemeinschaften. Ich glaube, dass die Proteste anfangs Jahr weitergehen werden. Wir erwarten, wir hoffen, dass die indigenen Völker sich erheben und protestieren. Das Volk sollte das letzte Wort haben.

Ich komme gerade von der Pressekonferenz des Präsidenten zum Minimallohn. Er sagte, dass es keine Lohnerhöhungen geben wird. Was für eine Unverschämtheit. Ich glaube, der Präsident hat ein gesundheitliches Problem. Wenn er sagt, er könne nicht über Nacht etwas verändern, denn Harry Potter existiere nicht (er könne nicht zaubern), nach einem Jahr einer solchen Regierung … Nun, ich glaube, er hat wirklich psychische Probleme.

Es ist ein Kampf von Generationen und wir beginnen diesen Kampf gegen die herrschende unterdrückende Oberschicht erst.

Carlos Choc bei der Arbeit in El Estor. Foto: C. Choc

#DóndeEstáElDinero? #NoNosPela: Proteste gegen Korruption und Sozialabbau

In Guatemala kam es im November 2020 zu heftigen Protesten gegen die Regierung von Präsident Alejandro Giammattei. Symbolbild für die Frustration der guatemaltekischen Bevölkerung: Am 21. November brennt das Kongressgebäude. Die *Policía Nacional Civil* ging massiv gegen die Demonstrierenden vor, zahlreiche Menschen wurden verletzt, mehr als 30 Personen verhaftet. Andrea Rodríguez, Mitglied der guatemaltekischen Studierenden- und Frauenbewegung, sprach mit uns über die Auslöser und die Bedeutung der Proteste und über die Perspektiven für Guatemala.

2020 war für die ganze Welt ein aussergewöhnlich bewegtes Jahr. Das neue Corona-Virus hat unsere Lebensrealität verändert und es wird uns noch lange begleiten, weit über die gesundheitlichen Belange hinaus. Die Pandemie zeigt uns in schonungsloser Brutalität, wie ungerecht und krisenanfällig die kapitalistische Wirtschafts- und Weltordnung ist und verschärft existierende Ungleichheiten weiter. Für korrupte und autokratische Regierungen bietet der Ausnahmezustand die willkommene Möglichkeit, sich weiter zu bereichern und repressive Massnahmen gegen soziale Bewegungen und Aktivist*innen umzusetzen – so auch in Guatemala. Die Bevölkerung, vor allem auch die junge Generation, hat genug von der Korruption und der Schamlosigkeit der politischen Elite. Am 21. November gingen laut Medienberichten mehr als eine halbe Millionen Menschen auf die Strasse, um ihre Enttäuschung und ihre Wut auszudrücken.

GUATE-NETZ: Kannst du uns die Situation Ende 2020 beschreiben? Was hat die Proteste im November ausgelöst?

Andrea Rodríguez: Die Proteste von November begannen eigentlich schon viel früher. Seit August gab es Aufrufe zur Mobilisierung, zum Beispiel der AEU (Studierendenvereinigung der Universität San Carlos), mit dem Slogan *#DóndeEstáElDinero*? (Wo ist das Geld?). Grund dafür war der Sonderkredit, den der Kongress im April im Kontext der Corona-Pandemie für die Nothilfe bewilligt hatte. Bis im August war erst ein Bruchteil des Budgets eingesetzt worden und es kam die Frage auf, für was das

Geld eingesetzt wurde, beziehungsweise wieso das Nothilfe-Geld nicht eingesetzt wurde. Auslöser für die Proteste waren also das grosse Mistrauen gegenüber der Regierung von Giammattei und verschiedenen Allianzen im Kongress und hinzu kam die Frustration über das Ausbleiben versprochener wirtschaftlicher Unterstützungsleistungen und darüber, dass Probleme, wie zum Beispiel der Anstieg der häuslichen Gewalt während des Lockdowns, von den staatlichen Institutionen weitgehend ignoriert wurden.

Im November prägte dann der Slogan *#NoNosPela* (Uns ist es nicht egal) die Proteste. Dieser entstand als Antwort auf eine Aussage des Finanzministers, dass es ihm egal sei, wohin das Geld fliesse (*«Me pela»)*. Das war ein totaler Affront für die Bevölkerung, die aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ums Überleben kämpft. Die sozialen Bewegungen haben sich also diesen Ausdruck zu eigen gemacht und bekräftigen seither: «Uns ist es nicht gleichgültig!»

Zum Missmanagemement der Corona-Krise kam das Versagen der Regierung in der Prävention und Reaktion auf die Verwüstungen durch die Wirbelstürme Eta und Iota. Es gab keinen brauchbaren Evakuierungs- und Nothilfeplan für die Opfer. Und vor allem auch das Verhalten und die Worte des Präsidenten – er sei ja schliesslich kein Hellseher, die Bewohner der betroffenen Gebiete müssten sich halt melden und sagen, was sie brauchen – lösten Empörung aus. Was das Fass schliesslich zum Überlaufen brachte, war der im Eilverfahren verabschiedete Haushaltsplan für das Jahr 2021. Das Budget sieht Kürzungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Bekämpfung der Unterernährung vor. Auch werden Beiträge an Institutionen wie die Zentren für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt oder die Ombudsstelle für Menschenrechte gekürzt. Während die Beiträge für das umstrittene PARLACEN (Zentralamerikanische Parlament) oder die Spesen der Kongressabgeordneten erhöht wurden. Das war für die Menschen der Gipfel, dass buchstäblich Gelder für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gestrichen werden und direkt in die Taschen der korrupten Abgeordneten fliessen sollten. Die Bevölkerung fühlte sich durch diese Unverschämtheit verhöhnt. Das brachte sie dazu, auf die Strasse zu gehen.

Nach den Protesten und Ausschreitungen des 21. November hat der Kongress den Haushaltsplan für 2021 suspendiert, «um die Regierbarkeit des Landes und den sozialen Frieden zu gewährleisten». Die Proteste gingen jedoch weiter. Was sind die Forderungen der Bevölkerung?

Es ist nicht ganz einfach, ganz konkrete Forderungen zu identifizieren. In diesem Moment im November war es zu allererst wirklich eine Übersättigung, ein *#BastaYa* (Es reicht!). Ich sehe es als eine Ablehnung der Bevölkerung gegenüber dem gesamten System, der Regierung von Giammattei und seinen Alliierten im Kongress. Natürlich gibt es gewisse Parallelen zu den Protesten im Jahr 2015, denen auch eine Ablehnung des politischen Systems zugrunde lag. Ich denke, dass das Grundgefühl der Menschen, die auf die Strasse gingen, eine Abneigung gegenüber der tief verwurzelten Korruption ist – sie begreifen, dass die Korruption nicht nur ein abstraktes Thema des Geldes ist, sondern einen realen Einfluss auf das Leben der Bevölkerung hat, insbesondere auf die Bevölkerungsgruppen, die Unterstützung

Proteste am 21. November in Guatemala-Stadt.
Foto Andrea Rodríguez

vom Staat bräuchten, wie Kinder und Jugendliche, Gewaltopfer, von Armut betroffene Familien etc. Nach der konkreten Forderung, das Haushaltsbudget 2021 so nicht anzunehmen, wurde der Rücktritt des Präsidenten Giammattei und des Innenministers gefordert.

Auch die Studierendenbewegung nahm an den Protesten teil. Was war/ist die Rolle der Studierendenbewegung bzw. auch der jungen Generation im Allgemeinen? Und was sind ihre spezifischen Forderungen?

Die Beteiligung der Studierendenbewegung war in insofern sehr relevant, da sie als Erste zu den Protesten aufrief. Das heisst, sie übernahm in gewisser Weise die Rolle, die Empörung der Bevölkerung zu kanalisieren. Die Studierendenbewegung hatte schon immer die Tendenz, sich mit den verschiedenen «unterdrückten» Sektoren und deren Anliegen zu solidarisieren. Die organisierte Studierendenschaft verschiedener Universitäten, nicht nur der San Carlos, sondern auch der Universitäten Landívar und del Valle wie auch die studentische Umweltbewegung übernahmen also eine Rolle im Zusammenrufen der Protestbewegung. Was das Budget 2021 angeht, sind die Studierenden natürlich vor allem Kürzungen im Bildungsbereich betroffen. Auch wir forderten also die Ablehnung des Budgets und den Rücktritt des Präsidenten und des Innenministers. Auch bezüglich der Kriminalisierung der Proteste nahmen Studierende eine wichtige Rolle ein, unter anderem boten Rechtsstudent*innen juristische Hilfe für willkürlich verhaftete Personen an.

Du hast zuvor die Proteste im Jahr 2015 als «Präzedenzfall» für die jüngsten Proteste erwähnt. Wie siehst du die Verbindung zwischen diesen beiden Momenten? Was ist ähnlich und was ist anders?

Die Proteste von 2020 erinnern ganz klar an das Jahr 2015 und – wie gesagt – ich sehe das gleiche Grundmotiv, nämlich eine Ablehnung des politischen Systems und der Korruption. Solche Proteste aufgrund eines starken Misstrauens gegen die Regierung, staatliche Institutionen und Beamte gab es in den letzten Jahren nicht nur in Guatemala, sie sind ein globales Phänomen. Und durch die sozialen Medien lassen sich Proteste aus ganz Lateinamerika oder über den Kontinent hinaus auch verbinden. Die Mobilisierung in den sozialen Medien, die sich dann in realen Protesten auf den Strassen manifestiert, wie auch dass verschiedene Sektoren zusammenkommen, Studierende, Bauern- und indigene Bewegungen, Feministinnen in ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das korrupte System, das sind die Gemeinsamkeiten von 2015 und heute.

Aber es existiert auch eine gewisse Distanzierung von den Protesten von 2015. Vor allem in der jungen Generation gibt es eine Art Vorbehalt oder ein Ressentiment, welches ich persönlich nicht teile, … einen Wunsch, etwas anders zu machen als damals. Dies zeigte sich am 21. November auch darin, dass es neue Formen gab im Ausdruck der Empörung, zum Beispiel die Zerstörung von Denkmälern, die die politische Elite repräsentieren, und am sichtbarsten im «Sturm» auf das Parlamentsgebäude. Solche Momente der Wut und Gewalt gab es 2015 nicht. Und auch die extreme Repression von Seiten der staatlichen Sicherheitskräfte ist neu. Aber auch im Positiven hat sich das Repertoire vergrössert: Die Kunst nimmt eine immer wichtigere Rolle ein in den Demonstrationen. Nicht zuletzt zwingt uns auch die Corona-Pandemie, neue kreative Formen des Protests zu finden.

Zum Vorbehalt gegenüber den Protesten von 2015 gehört sicherlich auch die Enttäuschung darüber, dass auch mit der erreichten Absetzung der damaligen Regierung keine wirklichen Veränderungen erreicht wurden. Im Gegenteil: Die Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit, die Korruption und die Straflosigkeit haben sogar noch zugenommen. Gewisse Analysen begründen dies auch mit der fehlenden Einheit der sozialen Bewegungen oder der politischen Linken in Guatemala. Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede siehst du zwischen diesen beiden Momenten?

Ja, es gibt sicher ein Gefühl der Enttäuschung, aber die Hoffnung heute ist unter anderem genau, dass es schon eine Vernetzung zwischen verschiedenen Gruppierungen gab, dass es diese vorherige Erfahrung der Mobilisierung gab. Viele empörte und engagierte Menschen lernten sich im Rahmen der Proteste von 2015 kennen und es entstanden neue Gruppierungen und Organisationen. Gerade für die Studierendenbewegung war 2015 sehr wichtig, konkret in der «Rückeroberung» der AEU, die heute wieder ein sehr wichtige Akteurin in der sozialen Bewegung ist.

Was man aus meiner Sicht aus 2015 gelernt hat ist, dass Proteste nicht eine sofortige Lösung bringen, in dem Sinne, dass man nicht sagen kann, ein Protest war erfolgreich oder eben nicht. Vielmehr sind sie ein Moment des Ausdrucks, und sie sind nötig für die Menschen, um ihre Empörung auszudrücken, um Gemeinschaft zu spüren, Verbindungen aufzubauen, die in der Zukunft Resultate bringen können. Oder vielleicht nicht konkrete Resultate, aber es können neue Kräfte entstehen, die in weiteren Prozessen von Bedeutung sein werden. Zum Beispiel sind heute Personen,

die in den Protesten von 2015 eine wichtige Rolle gespielt haben, Kongressabgeordnete. Die Wirkungen der Proteste werden wir also erst mittel- oder langfristig wirklich sehen. Für mich sind Proteste ein Teil des Dialogs, der geführt werden muss, um zu beginnen, andere Formen wie Politik gemacht werden kann zu denken. Das ist das Wichtige und das wird sich mit der Zeit zeigen und vor allem auch mit einer neuen Generation, einer neuen politischen Führung, die sich jetzt formiert.

Auch 2021 wird die Pandemie uns weiter begleiten und das Misstrauen gegenüber der Regierung bleibt. Im Moment wird jede Aktion des Präsidenten und des Kongresses genau beobachtet. Die Menschen sind in Alarmbereitschaft, und das ist extrem wichtig und ein Fortschritt. Wir haben heute mehr aktive Bürger*innen, die politische Entscheide und deren Umsetzung überwachen, ihren Unmut öffentlich zum Ausdruck bringen und ihre Rechte einfordern. Vor allem die feministische Bewegung, insbesondere die jungen Frauen, trugen zu dieser Entwicklung stark bei und werden weiterhin eine sehr wichtige Rolle spielen.

Alice Froidevaux

***Andrea Rodríguez** ist Soziologiestudentin, die sich für das Verhältnis von Theorie und Praxis, soziale Bewegungen, Feminismus, Ökologie und Anti-Speziesismus interessiert. Sie war von 2016 bis 2017 Führungsmitglied der Studierendenvereinigung der Fakultät für Politikwissenschaft AECP und von 2018 bis 2019 im Vorstand der Vereinigung der Studierenden der Universität San Carlos, AEU.*

Ein schreckliches Massaker an Jugendlichen erschüttert uns

Am 22. Januar wurden an der mexikanisch-amerikanischen Grenze zwei Fahrzeuge mit den verkohlten Überresten von 19 mit Schüssen ermordeten Personen entdeckt. Bei 16 der bis Redaktionsschluss identifizierten Opfer handelt es sich um junge Frauen und Männer aus kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften aus dem nördlichen Hochland der Provinz San Marcos. Auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten sind sie vermutlich in ein von verfeindeten kriminellen Banden umkämpftes Gebiet geraten. Das grauenvolle Ereignis setzt uns zu, weil wir schon seit zehn Jahren für die Bewegung der Landarbeiter*innen MTC des *Departementos* San Marcos ein Stipendienprojekt unterhalten, um einigen jungen Frauen und Männern eine höhere Ausbildung und damit eine neue Perspektive zu ermöglichen.

Doch die Situation in den Dörfern und Städten ist so schwierig, dass junge Menschen immer weniger sehen, wie sie sich durchbringen und ihre Familien unterstützen könnten. Es gibt kaum Betriebe und Institutionen, die Menschen anstellen und angemessen entlöhnen, und landwirtschaftlich nutzbares Land wird von Grossgrundbesitzern oder Megaprojekten beansprucht. Die meisten bisher identifizierten Opfer stammen aus der Gemeinde Comintancillo. Dort leben 90 Prozent der Bevölkerung in Armut und über 70 Prozent der unter fünfjährigen Kinder sind aufgrund von chronischer Unterernährung in ihrem Wachstum zurückgeblieben. Die Familien der Jugendlichen, die am 12. Januar aufgebrochen waren, hatten Geld aufgenommen, vielleicht ein Stück Land verkauft, um die Reise und die Schlepper zahlen zu können. Und jetzt? Wer wird den Familien beistehen? Und was macht die Bewegung mit dieser Erfahrung?

Die Bewegung der Landarbeiter*innen will sich diesen Fragen stellen und wir wollen diesen Menschen weiterhin in Solidarität verbunden bleiben.

Der Vorstand von Guatemala-Netz Zürich

In Kürze

RomeroTage 2021

Unter dem Motto «Mich könnt ihr töten, nicht aber die Stimme der Gerechtigkeit!» erinnern die Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung und das RomeroHaus Luzern an den 41. Todestag von Óscar Romero. Mit der **Romero-Tagung vom 20. März** und dem **politischen Nachtgebet vom 24. März** möchten sie das Gedächtnis an den am 24. März 1980 ermordeten «Bischof der Armen» wachhalten.
Die Tagung wird virtuell via Zoom durchgeführt, das Nachtgebet mit begrenzter Teilnehmendenzahl in der Peterskappelle Luzern.
Programm siehe https://basisgruppen.ch/images/RomeroTage_2021.pdf. Anmeldung bis zum 15. März via E-Mail an romero-tagung@bluewin.ch oder brieflich an TheBe, Postfach 4203, 6002 Luzern.

Mit Schlagstöcken und Tränengas gegen Geflüchtete

Mitte Januar hat sich die erste Migrant*-innenkarawane des Jahres 2021 auf den Weg gemacht, um Elend und Gewalt in ihrem Heimatland Honduras zu entkommen. In der Hoffnung auf ein besseres Leben in Mexiko und den Vereinigten Staaten flohen etwa 9000 Honduraner*innen Richtung Guatemala, wo sie von Armee und Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken empfangen wurden. Gewaltsam drängten guatemaltekische Sicherheitskräfte die Migrant*innen an der Grenze nach Honduras zurück. Seit 2018 haben sich mehr als ein Dutzend Karawanen von mittelamerikanischen Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben in Mexiko und vor allem den USA auf den Weg in den Norden gemacht. Doch dieser Weg ist weit und beschwerlich. Im Sommer 2019 zwangen die USA Guatemala zu einem Migrationsabkommen, in dem es zum sicheren Drittstaat erklärt wurde. Seitdem werden Flüchtlinge aus Zentralamerika an der guatemaltekisch-mexikanischen Grenze abgefangen. Die Flüchtlinge, die durchkamen, werden seit 2019 von Mexiko und den Vereinigten Staaten nach Guatemala deportiert.

Neuer Verfassungsrichter gewählt – und zur Haft ausgeschrieben

Am 4. Januar führte die guatemaltekische Anwalts- und Notariatskammer CANG Wahlen für die Besetzung eines Sitzes am Verfassungsgerichtshof durch. Dieser war im September durch den Tod von Richter Bonerge Mejía Orellana freigeworden. Im ersten Wahlgang erhielten der Richter Mynor Moto Morataya und Carlos Gálvez Barrios, Exrektor der Universität San Carlos, die höchsten Stimmenzahlen. Beide erfüllen jedoch die offiziellen Qualifikationskriterien nicht. Die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit FECI bezeichnete Moto und Gálvez als für das Amt ungeeignet, da sie gegen beide Untersuchungen wegen möglicher Verbindungen zu Fällen von Korruption auf höchster Ebene führe. Sie warnte, dass die Kandidatur dieser beiden Personen die rechtsprechende Gewalt des Staats delegitimiere. Laut dem früheren Aussenminister und Vizepräsidenten Eduardo Stein kann die Kandidatur der beiden mit der Übernahme des Justizwesens seitens des «Pakts der Korrupten» des Parlaments und der Regierung in Verbindung gebracht werden.

Trotz einer Reihe von Einsprachen kürte das Wahlkollegium CANG Moto im zweiten Wahlgang vom 19. Januar als Verfassungsrichter und der Kongress vereidigte ihn eine Woche darauf. Mehrere Expertinnen und Experten bezeichneten die Wahl Motos als «sehr problematisch für die Rechtsstaatlichkeit Guatemalas». Am 1. Februar stellte das Hochrisikogericht D auf Begehren der FECI einen Haftbefehl gegen Moto aus, wegen Verschwörung zur Behinderung der Justiz. Wir warten gespannt auf die Fortsetzung.

Impressum
Nr. 67, 19. Februar 2021
Erscheint 2-4-mal jährlich.
http://www.guatemalanetz-zuerich.ch
mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch
Redaktion und Layout: Barbara Klitzke
Lektorat: Alice Froidevaux und Jacqueline Hefti
Administration: Silvia Brennwald
Postkonto 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Besuchen Sie uns auf Facebook!
Guatemala-Netz Zürich ist auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala. Bleiben Sie dran!